

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 146.

zu Nr. 114 des Hauptblattes.

1922.

Bearbeitet mit der Herausgabe: Regierungsrat Voeges in Dresden.

## Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 11. Mai.)

Abg. D. Wendtöff (Dtsch.):  
(Fortsetzung.)

Es ist weiter dann die Streichung der Professoren der theologischen Fakultät in Anregung gebracht worden. Ich darf davon erinnern, daß nach Art. 149 der Reichsverfassung die theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben. Die Streichung würde also ein Streich in die Lust sein. Die Staatsregierung hat im Haushaltshaushalt darauf aufmerksam gemacht, daß ein solcher Beischlag im Widerspruch mit der Reichsverfassung stehen würde. Es ist mir bedauerlich erschienen, daß auch die Arbeitssozialdemokratie dieser Erklärung der Staatsregierung gegenüber an der Streichung sich beteiligt haben. Ich hoffe, daß man nach dieser Seite doch sich befreit und zu einer anderen Stellung gelangen wird. Wenn ich mich frage: Was will man mit dieser Streichung dieser Professoren, so möchte ich mit klar: zunächst handelt es sich um einen sehr empfindlichen Schlag, der gegen die Universität geschieht wird. Wie man überhaupt ja den Wunsch hat, die Universität in einer sozialistischen Volkshochschule zu wandeln (Abg. Beutler: So schändeln!), so sucht man gegenwärtig auf der linken Seite in ihrer gegenwärtigen Art ein unentbehrliches Glied aus der Universität herauszureißen. Wird man nächstens nicht auch die juristische und die medizinische Fakultät beseitigen wollen? Ich betone, daß die theologische Wissenschaft ein organisch integrierendes Glied der Universität ist. Sie selbst ist in den Zusammenhang der allgemeinen Wissenschaft verflochten, sie trägt ihre ständig wechselnden Begriffe mit den großen philosophischen und physiologischen Forschungsmitteln und Forschungsergebnissen und steht gerade in Leipzig durch ihren Vertreter in fruchtbarster Arbeitsgemeinschaft mit den übrigen Fakultäten. Vor allen Dingen aber kann die Universität diese theologische Wissenschaft nicht entbehren. Als vor einigen Jahren in Frankfurt eine Universität gegründet wurde, da erachtete man die Eingliederung einer theologischen Fakultät in die Universität Frankfurt wenigstens zeitweilig nicht für erforderlich. Was war die Folge? Die Folge war eine Konferenz jüdischer deutscher Universitätsrektoren, die zusammenkamen und in feierlicher Kundgebung erklärten, eine Universität ohne theologische Fakultät ist gar keine Universität. Die Theologie ist ein notwendiges Glied der Universitäten. Und ein anderes: Als nach der Revolution vielerorts man Stimmen laut werden ließ, die theologische Fakultät zu beseitigen, da haben sich an fast allen deutschen Universitäten die juristische, die medizinische und die philosophische Fakultät geschlossen zusammengetan und die theologische Fakultät für sich in Anspruch genommen vom Standpunkt der Wissenschaft. Ich darf dann besonders noch auf die außerordentliche Auslandsabteilung der theologischen Wissenschaft aufmerksam machen. Es gibt keine andere Fakultätswissenschaft, die eine so hohe internationale Bedeutung hätte wie die theologische. Es ist schlecht jedes hervorragende deutsche theologische Werk gewürdig, nicht nur ins Englische, sondern auch ins Französische, Schwedische, Dänische, Finnische und Ungarische überetzt zu werden. Ein Amerikaner sagte kürzlich zu einem deutschen Gelehrten, die wichtigsten deutschen wissenschaftlichen Exportmittel sind die Chemie und die Werke der protestantischen Theologie. (Hört, hört rechts!) Der Grund dafür liegt in den eigentümlichen deutschen Betrieben der Fakultäten. Würden die deutschen theologischen Fakultäten gekriszt werden, so würde, so sagte ein deutscher Gelehrter, im Auslande ein grenzenloses Erstaunen über solch ein heroskopisches Unternehmen laut werden. Ich will endlich noch mit einem Worte daran erinnern, daß für den Ausbau der Geisteswissenschaften und für den Neubau der Universitäten die theologische Wissenschaft entscheidend geleistet hat.

Indessen es kommen nun auch noch andere Gesichtspunkte in Frage, denn mit der Streichung der theologischen Fakultät trifft man und will man treffen sonders die Kirche. Ich darf hier nur betonen, daß die theologische Fakultät keine kirchliche, sondern eine staatliche Einrichtung ist. Schon vor Jahrhunderten ist ausdeutlich ausgesprochen worden, daß sie, in voller Freiheit d. r. Universität eingegliedert, der K. Kirche der Kirche und ihren Organen nicht unterliegt. Die theologische Fakultät genießt und nimmt in Anspruch die freie Freiheit der Forschung und der Lehre wie j. die andre Wissenschaft. Nun wird man einwenden, sie beschäftigt sich aber doch auf einer Religion, ist nicht allgemeine Religionswissenschaft. Demgegenüber darf ich einmal betonen, wie haben in der Leipziger Fakultät einen Lehrstuhl für allgemeine Religionswissenschaft, und als dieser nach Abgang des berühmten Schröder-Söderbaum neu besetzt werden sollte, hat die Fakultät einstimmig den großen Religionswissenschaftler, den Gegeckwa, den Brüder Humont, einen Katholiken, in Vorlesung gebracht und dadurch bewiesen, wie wenig sie mit diesem Lehrstuhl irgendwie konfessionelle oder liturgisch gebunden sind. Wenn ja aber sie auf das Christentum beschäftigt, so tut sie das einmal in weiter Selbstbeschämung.

Nur sagt man, die theologische Fakultät diene der Kirche. Ja, sie tut es, aber in freier Weise, in freiestem Dienste. Die theologische Fakultät

hat allein die Aufgabe, die christliche Religion in ihrem Wesen immer neu zu erforschen, in ihren geschichtlich erkennbaren Beziehungen immer auss neue aufzuhellen, in ihrer Reinheit zu erhalten und vor Missverständnissen zu schützen. Die Resultate ihrer Forschungen auf diesem Gebiete bietet sie in Freiheit der Kirche an, und es gehört zu dem Ehrentitel der protestantischen Kirche, daß sie sich mit einem solchen Dienste genügen läßt. Ich kann also nur bitten, daß man diese Sätze des Antrages Nr. 686 nicht aufrechterhält.

Ich komme endlich mit einem Worte auf die besichtigte Befestigung der Universitätssiedlung. Auch sie ist ein Bestandteil nicht der lutherischen Landeskirche, sondern der Universität. Das Konistorium und die kirchliche Jurisdicition haben mit der Universitätssiedlung nichts zu tun. Sie dient auch zu Gottesdiensten, aber diese Gottesdienste werden nicht von lutherischen Geistlichen, sondern von akademischen Professoren gehalten. Sie dienen zu Übungen der Studenten, aber nicht anders wie ein pädagogisches Seminar oder eine Klinik zu Übungen der Studenten dient. Sie dient vor allen Dingen auch zu akademischen Feierlichkeiten. Bei dem großen Universitätsjubiläum im Jahre 1909 war sie die hauptsächlichste Stätte des Feier. Seine Rektoratswoche findet ein Eingangsalt in ihren Räumen statt. Die großen feierlichen Begräbnisse der akademischen Lehrer haben traditionell hier ihre Stätte. Vor allen Dingen ist die Kirche fortgesetzt bereit zu musikalischen Aufführungen großer Güte, die zugleich in hohem Maße weitreichende Volksfesten dienen. Ich will daran erinnern, daß jeden Sonntag dort auf der schönen Orgel von Leipzig, vielleicht von ganz Sachsen, Orgelkonzerte abgehalten werden, die von weitesten Kreisen der Bevölkerung besucht werden. Es handelt sich um uralte, durch Jahrhunderte überkommenen Rechte und Ansprüche, und man wird doch kaum behaupten, daß, nachdem wir eben wieder von Millionenbeträgen unseres Haushaltes gehört haben, die Summe, die für die Universitätssiedlung aufgewendet wird — im vorigen Jahre waren es 16000 M., die Heizung u. dgl. kosten sind in diesem Jahr auf 33000 M. angestiegen —, daß diese Summe im Interesse der staatlichen Erspartung zu der angekündigten Wahrsag das Recht geben könnte. Ich bitte also, daß auch dieser Punkt wieder hergestellt wird.

Ich nehme an, daß wir über die verschiedenen Bitten der Vorlage Nr. 686 gefordert abstimmen, und möchte bitten, daß wir unter Ihnen die zehn Professoren usw. der theologischen Fakultät zu beseitigen. Ich habe das nicht für erforderlich gehalten, um diesen Wahrsag das Recht geben könnte. Ich bitte also, daß auch dieser Punkt wieder hergestellt wird.

Abg. Wöhmann (Dtsch.):  
Das Kapitel, über das wir zu beraten haben, liegt jedem von uns besonders am Herzen. Die Mittel, die hier bewilligt werden, dienen dazu, der Wissenschaft eine Pflegestätte in unserem Vaterlande in besonderer Weise zu gewähren. Wir sind auch froh darüber, daß Leipzig seinen guten Namen in der Welt der Wissenschaft bis ins Ausland getragen hat. Wir wissen aber, daß die Schwierigkeiten, die Stand Leipzig aufrechtzuerhalten, jetzt größer sind als je vorher. Deshalb haben wir mit besonderer Sorgfalt auch in diesem Hause darüber zu wachen, daß nichts verloren wird, um diesen Status wirklich zu erhalten. Gewiß leiden wir auch hier unter einem gewissen finanziellen Druck, aber nirgends würde es sich mehr rächen, wenn wir hier zu lehren abtreten würden, als bei diesem Titel. Wenn wir heute vielleicht einer Unterschaltung der geistigen Arbeit und einer Überzeichnung der körperlichen Arbeit begegnen, so wollen wir in diesem Hause darauf halten, daß die deutsche Wissenschaft ihren Wertbewerb auch gegenüber dem Ausland aufrechterhalte kann, und daß in unserem Volke die Bedeutung der wahren Wissenschaft wieder mehr in Geist kommt, als in der letzten Zeit der Fall gewesen ist. Das muß dadurch geschehen, daß man bei den Beurteilungen in die Verpflichtungen an die Lehrstühle verzicht, nur die tückigsten Kräfte heranzuziehen. Ich habe manchmal aus Nachrichten, die mir zugänglich sind, und aus eigner Kenntnis die Beobachtung, daß man hier nicht allenfalls das tut, was notwendig wäre, daß bei Berufungen auch ander: Rücksichten mitzutragen, als nur die, die tückigsten Kräfte heranzuziehen. Ich habe den Eindruck, daß bei eingehender Fakultät diese oder jene Richtung besonders hervorgehoben wird. Ich halte das nicht für gut, besonders in dieser Zeit, wo es für die Studenten Sachsen vielleicht unmöglich ist, an eine andere Universität zu gehen. Das war früher leichter möglich. Infolgedessen soll jede Fakultät dafür sorgen, daß in ihr die verschiedenen Richtungen, soviel es solche gibt, vorhanden sind. Wir dürfen von der Regierung hoffen, daß sie in dieser Beziehung, wo die Verhältnisse nicht sind, wie sie sein sollen, Wandel schafft. Es ist selbsterklärend, daß auch für den Nachwuchs georgt werden muß. Auch in Leipzig sind in dieser Beziehung Fortschritte gegen früher erzielt worden. Die Privatdozenten haben sich zusammengeflossen und stehen finanziell besser wie früher.

Bei II, a) 3. Un verständliche, werden wir natürlich für die Einsichtung vor Mittel stimmen. Zu II, a) 4. Universitätssiedlung, sage ich zu erläutern, daß wir für sie Mittel, die erhöht angefordert werden, eintreten werden um so mehr, als ja dadurch, daß die dermatologische Klinik in die alte Frauenklinik hinzugelegt wird, durch den Neubau nicht etwa etwas für den Staat verloren gehen läßt, sondern doch viele sehr notwendige Institute gegründet werden zum Wohl des Staates selbst.

Allg. mein habe ich zu bemerken, daß wir entsprechend dem Antrage, den wir vor etwa Jahren erst gestellt haben, daß der wirtschaftlichen Not der Studenten geprägt werden sollten, durchaus auf den -ta puncti festen, daß vor allem die Selbsthilfseinrichtungen der Studentenschaft gefördert werden sollen, besonders jener das Wohnungswesen, das weder für die Professoren noch für die Studentenschaft aufreicht noch für die Studentenschaft. Die Verfung von Autoritäten an die Universität Leipzig mögt vor allem dann auf Schwierigkeiten, wenn es sich um die Wohnung handelt, und die Regierung selbst hat im Ausdruck erklärt, daß die Verfung von Professoren an der Wohnungsforschung sogar schon gescheitert ist. Die Stadt

unterhält mit verdienstlich muß, weil er so selbst die Bedeutung und auch den Wert der körperlichen Arbeit kennen lernt (Sehr richtig! bei den Dem.), sondern vor allen Dingen deshalb, weil er dadurch in die sozialen Zusammenhänge des volkswirtschaftlichen Lebens hineingeführt wird. (Sehr richtig! bei den Dem.) Auf der anderen Seite hat die Sache natürlich auch ihre Bedenken. Man kann nicht zweier Herren dienen! Wenn diese Einrichtung, daß also der Student seinen Lebensunterhalt zum Teil mitverdient muss, irgendwie überspannt wird, dann besteht allerdings die Gefahr, und vor der dürfen wir unser Auge auch nicht verschließen, daß der Student nicht die nötige Zeit und Sammlung und Konzentration findet für die geistige Arbeit. (Sehr richtig! bei den Dem.) Es wird, wie gesagt, langsame Beobachtung bedürfen, um hier die richtige Witte zu finden.

Es ist — das bedarf eigentlich keines Wortes — auch für uns selbstverständlich, daß die Theologische Fakultät und die Universitätssiedlung, die als integrierender Bestandteil dazu gehört, nicht gestrichen werden können. (Abg. Dr. Seydel: Sehr richtig!) Ich möchte noch einen Gesichtspunkt zu dem, was schon ausgeführt worden ist, hinzufügen. Es wird vielleicht der Wunsch ausgesprochen, daß die Kirche nicht so einseitig gerichtet sei, weltfremd, konfessionell einherzig und beschämt. Wenn es wirklich am Herzen läge, diesen Vorwurf entkräften zu helfen, der müßte unbedingt für die Theologische Fakultät stimmen, denn die ist es, die den Sinn des jungen Theologen weit offen macht, für die Wissenschaft empfänglich. (Abg. Dr. Seydel: Sehr richtig!) Ich meine also, wenn man in dieser sonst schweren Zeit für die notwendigen Bedürfnisse der Wissenschaft eintritt, dann wird man nicht bloß dafür sorgen, daß der wissenschaftliche Ruf Deutschlands erhalten bleibt, sondern vor allen Dingen auch in dieser Zeit die Voraussetzungen durch eine vertiefte Bildung gegeben sind, die unser Volk nötig hat, wenn es durch diese schwere Zeit hindurch und wieder auf eine gewisse Höhe gelangen soll. (Bravo! bei den Dem.)

Abg. Schirr (Unabh.):  
Der Dr. Kollege Wendtöff begann seine Aussagen mit den Worten: Die großzügige Gestaltung, welche seitens der Regierung bezüglich der Universitätssiedlung geplant ist, ist lobenswert. (Abg. Dr. Wendtöff: Dankenswerkt!) Er hat damit die Behauptungen seiner Parteifreunde, daß die Regierung nichts getan habe im Range, was etwas wert sei, geradezu ins Unerholt gezeigt. (Lachen bei den Dem.) Es ist hier der Beweis erbracht, daß die Regierung und auch die linksgerichteten Parteien für alle jene Notwendigkeiten, die sich unbedingt ergeben, ganz gleich auf welchem Gebiete sie liegen mögen, jederzeit das notwendige Verständnis aufgebracht hat, während man früher auf jener Seite drüb in dieser Beziehung manchmal recht viel vermissen konnte, wenn es sich darum handelte, in Arbeiterfragen irgendwie Entgegenkommen zu zeigen.

Dr. Kollege Wöhmann vertat die Aussöhnung, daß in weitesten Kreisen des Volkes eine außerordentliche große Unterdrückung der geistigen Arbeit und einer Überzeichnung der körperlichen Arbeit begegnet, nur die tückigsten Kräfte heranzuziehen. Es mag sein, ja, man kann dem sogar bedingt beipflichten; aber wir, die wir an den Beratungen dieses Kapitels mitgewirkt haben, haben gerade durch die Bewilligungen zu den eingehenden Fragen kommenden Kapiteln, zu den Bildungsankünften, den Schulen usw. gezeigt, daß wir das notwendige Verständnis dafür haben. Dann zu dem Kapitel selbst noch einige Worte: Bezuglich der Streichung der jüdischen und vier außerordentlichen Professoren der theologischen Fakultät haben wir unseren prinzipiellen Standpunkt damit begründet, daß vor der Überzeugung sind, daß die Lehrmethode, wie sie gegenwärtig dort getrieben wird, nicht lediglich vom wissenschaftlichen Gesichtspunkt ausgeht, daß man im Gegenteil die Wahrnehmung gemacht hat, daß dort lediglich Diener der Kirche, welche keine Staatskirche ist, erzogen werden, und daß die Kirche deshalb, wenn sie Nachwuchs braucht, selbst Anstreben schaffen muß. Wir haben aber die Frage nach eingehender Prüfung in der Fraktion weiter behandelt, und weil wir feststellen mußten, daß die Professoren, die gegenwärtig dort wirken, ohne weiteren Anpruch auf Weiterzahlung ihrer Bezüge haben würden, so erklärte ich, ohne daß wir unseren prinzipiellen Standpunkt irgendeine ändern, daß wir lediglich aus diesem Gesichtspunkt heraus die Stellen bewilligen wollen, daß wir aber von der Regierung fordern, daß sie einzelne Stelle, die frei wird, wiederum bekleidet werden darf.

Dabei möchte ich gleich ein Wort zu der Stellenbeilegung im allgemeinen sprechen. Wir haben bisher die Wahrnehmung machen können, daß die Regierung bei der Beurteilung der Professoren nicht frei war. Es besteht unseres Wissens kein geschriebenes Recht, daß lediglich der Senat das Vorschlagsrecht für die Professoren hat und die Regierung gewünscht sein soll, aus den vorgeschlagenen Personen die Wahl zu treffen. Es ist das nur etwas Alltägliches, und wir glauben, daß dieses Alltägliches nicht auf die außer bestehen bleiben kann. Wir haben die Wahrnehmung gemacht, daß auch in Professorenkreisen sich jogenannte Professorencliquen herausgebildet haben, wo ideistisch Familienglieder bei Berufungen wesentlich begünstigt wurden. Diesem Zustand ein Ende zu machen, ist noch